

Schmahl, Hans-Jürgen

Article — Digitized Version

Endlich Stabilitätspolitik!

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Schmahl, Hans-Jürgen (1973) : Endlich Stabilitätspolitik!, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 53, Iss. 5, pp. 226-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134536>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Hans-Jürgen Schmahl

Endlich Stabilitäts- politik!

Endlich hat sich die Bundesregierung zu Maßnahmen entschlossen, die das Etikett „Stabilitätspolitik“ verdienen. Sie kommen buchstäblich fünf Minuten vor zwölf. Nicht die Warnungen der Konjunktur-„Wetterfrösche“ und nicht einmal die drohenden „Wolken“ am Horizont hatten die Politiker zum Handeln veranlassen können. Es bedurfte erst eines „Gewitterschauers“, nämlich des Emporschneitens der Preisanstiegsrate

auf $7\frac{1}{2}\%$, um deutlich zu machen, daß Hoffen und Harren auf eine glimpfliche Entwicklung nicht anders enden würden als in dem bekannten Sprichwort. Es gehört zu den beunruhigendsten Erfahrungen der letzten Zeit, wie lange die große Gefahr für den Geldwert von den politisch Verantwortlichen trotz aller Warnungen verkannt worden ist.

Das Stabilitätsprogramm entspricht insgesamt, wenn auch nicht in allen Einzelheiten, weitgehend dem von der Mehrheit der Wirtschaftsforschungsinstitute (Essen, Hamburg, Kiel und München) für erforderlich gehaltenen. Man wird sich erinnern, daß ihr Konzept drei Wochen vorher noch mit Prädikaten wie „unrealistisch“, „apolitisch“ und – von denen, die besonders weit hinter den Ereignissen herhinkten – auch mit härteren Ausdrücken belegt worden war. Es ist nur zu hoffen, daß dieser Lernprozeß nachhaltigen Eindruck hinterläßt. Von der Strategie der vier genannten Institute weicht das Programm der Bundesregierung dadurch ab, daß es die Investitionstätigkeit stärker, den privaten Verbrauch dagegen direkt viel schwächer dämpft. Es ist insofern weniger ausgewogen. Als Grund für den Verzicht auf einen allgemeinen Konjunkturzuschlag – den ja auch der Sachverständigenrat gefordert hat – oder wenigstens niedrigere Einkommensgrenzen bei seiner Erhebung gilt die vermeintliche Undurchsetzbarkeit. Dies Argument kann aber nicht mehr überzeugen angesichts der Tatsache, daß inzwischen wohl ein großer Teil der Bevölkerung erkannt hat, daß jede Restriktionsmaßnahme das kleinere Übel im Vergleich zur beschleunigten Geldentwertung ist.

Der Erfolg der Stabilitätspolitik wird von ihrer Glaubwürdigkeit abhängen. Nur dann kann erreicht werden, daß die Inflationserwartungen von der Erwartung einer allmählich wieder stabileren Entwicklung und dementsprechendem Verhalten abgelöst werden. Das aber ist es, was vor

allen Dingen erreicht werden muß. Der Hinweis auf die Notwendigkeit veränderten Verhaltens in der Preis- und Lohnpolitik erweckt oft den Eindruck, als sei dieses Verhalten eine Art höherer Gewalt. In Wirklichkeit ist es in hohem Maße abhängig von der Art, wie die Wirtschaftspolitik betrieben wird. Nicht nur davon, wie sie die objektiven Bedingungen gestaltet – größere oder kleinere Preiserhöhungsspielräume –, sondern auch davon, wie sie die subjektiven Erwartungen beeinflußt. Der Eindruck einer unentschlossenen oder gar handlungsunfähigen wirtschaftspolitischen Führung begünstigt inflationsfördernde Verhaltensweisen und wirkt damit selbst inflationsfördernd. Die Chance liegt jetzt in der Umkehrung der Erwartungen durch den Eindruck einer energischen und konsequenten Stabilitätspolitik.

Stabilitätspolitik hat also neben der materiellen eine sehr wichtige psychologische Komponente. Beide sind notwendig für den Erfolg. Dem Erfolg abträglich sind Erklärungen, die von vornherein Zweifel am Durchhalten des Kurses aufkommen lassen. Man braucht der Öffentlichkeit jetzt nicht zu versichern, daß man keine gravierende Arbeitslosigkeit zulassen werde. Die steht ohnehin nicht zur Debatte; so einschneidend ist das Stabilitätsprogramm nun wieder nicht. Jetzt muß vielmehr betont werden, daß alle Einschränkungen auf sich nehmen müssen, um ein größeres Übel abzuwenden, wie es der Bundeskanzler hervorgehoben hat. Hinsichtlich der materiellen Komponente des Programms gibt es ebenfalls noch offene Fragen. Sie betreffen einmal die Staatsausgaben – hier ist noch nicht zu erkennen, in welchem Umfang tatsächlich der Anstieg verringert wird – und zum anderen die Auslandsnachfrage. Es ist nur zu hoffen, daß die beide Fragen betreffenden Erklärungen der Regierung auch im notwendigen Umfang in Handeln umgesetzt werden.